

Stellungnahme der SBVg zur Sitzung des Ausschusses der Kommission für Wirtschaftspolitik des SECO

- Die SBVg kann zum Inhalt der Sitzung vom 14. Januar in Bern aus Amtsgeheimnisgründen direkt keine Stellung nehmen.
- Die SBVg weist darauf hin, dass es sich hier nicht um eine Frankenstärke, sondern eine Euro- resp. Dollarschwäche handelt, die durch einen massiven Vertrauensverlust der internationalen Investoren begründet ist. Dieser Vertrauensverlust steht in Zusammenhang mit einer historisch einmalig hohen Verschuldung gewisser Euroländer resp. der USA.
- Die SBVg steht im engen Kontakt mit den Vertretern der Schweizer Exportindustrie und anerkennt die währungsbedingten Probleme dieses Wirtschaftszweiges. Die Schweizer Banken unterstützen die Unternehmen, wobei Beratung und Produkt zur Absicherung von Wechselkursrisiken absicherungsprodukte im Vordergrund stehen.
- Die Schweizer Banken weisen den Vorwurf zurück, durch Spekulationsgeschäfte zur Währungskrise beizutragen, und erachten deshalb ein sogenanntes „Gentlemen's Agreement“ als nicht zielführend. Zwei Tatsachen belegen diese Haltung. Erstens tragen Schweizer Banken lediglich 5% zum weltweiten Devisenhandelsumsatz bei. Zweitens gehen 85% der Zunahme der weltweiten Fremdwährungsgeschäfte auf die Aktivitäten anderer Finanzinstitutionen wie z.B. Zentralbanken zurück, und nicht auf Geschäftsbanken.
- Aus einem starken Franken ergeben sich für die Schweizer Wirtschaft auch Vorteile; zB. eine Zinsdifferenz von 1.5 bis 2%, hohe Innovationsfähigkeit und Kosteneffizienz.

Medienkontakte



Monika Dunant

Leiterin Themenmanagement
& Media Relations

+41 58 330 63 95